

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen-Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen-Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?	
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?		
120 BiKu	80007 Bibl.-Medien/Entleihung	34.647.665	33.843.147	-804.518	-263.739	→	0,9696	0,9954	Die im Vergleich höheren Personalstückkosten, die den größten Teil des Budgetverlustes in dem Produkt ausmachen, sind insbesondere darauf zurück zu führen, dass Mitte die zusätzlichen Stellen aus der Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung (Politische Erklärung) schneller besetzt hat als andere Bezirke und diese Kosten noch nicht basiskorrigiert wurden. Mit der ZV wird von SenKultGZ eine Harmonisierung der Personalausstattung in den bezirklichen Bibliothekssystemen angestrebt. Sie endet mit Ablauf des Jahres 2025. Hiervon profitieren Bezirke stärker, die bisher gegenüber Bezirken wie Mitte eine deutliche Untererausstattung zu beklagen hatten. Die direkt gebuchten Personalkosten aller Bezirke werden sich also in 2025 stark angleichen, d.h. andere Bezirke holen gegenüber den Personalkosten in Mitte auf und erhöhen den Median, was für Mitte das Erreichen des Median einfacher machen wird.	Die Produktmenge ist mit 1.687.807 Entleihungen die zweithöchste aller Bezirke nach Steglitz-Zehlendorf (1.857.939). Sie ist gegenüber dem Vorjahr (2023: 1.740.781) um 52.974 (3,04%) zurückgegangen. In fast allen Bezirken stagniert die Entwicklung der Entleihzahlen bis auf Tempelhof-Schöneberg (+4,33%), Treptow-Köpenick (+2,065) und Steglitz-Zehlendorf (+1,73%). Der Rückgang in Mitte ist u.a. auf die Schlechtleistung des größten Lieferanten (ekz Reutlingen) zurückzuführen, der aufgrund einer Störung des Warenwirtschaftssystems Medien verlässlich erst in der zweiten Jahreshälfte lieferte. Zudem blieben Medien in den Geschäftsgängen teils länger als zwei Monate liegen, weil der Krankenstand in den Geschäftsgängen überproportional hoch war.	Es wird ein Konsolidierungskonzept erarbeitet, welches vorsieht mindestens eine Stelle abzubauen. Weitere Ziele sind die Umwandlung von Personalmitteln in Sachmittel, also eine Reduktion der direkt gebuchten Personalkosten und gleichzeitig die Steigerung der budgetrelevanten Menge und Qualität an Medien sowie ein möglichst vollständiger Bezug von Dienstleistungen für die ausleihfertige Bearbeitung damit Medien rasch zu Entleihungen führen können. Hinsichtlich der Lieferanten wurden für 2025 umfangreiche Änderungen der Bestellungen inkl. einer Schärfung der Bestandselemente vorgenommen. Hinsichtlich der direkt gebuchten Sachkosten, die im bezirkswerten Vergleich am höchsten sind, soll in 2025 eine kritische Analyse der Buchungspraxis erfolgen.	s. 2025 In 2026 soll eine Vergabe des Medienetats weitere Einsparpotenziale heben.	Im Produkt 80035 konnte die Stadtbibliothek ihre Bilanz deutlich verbessern. Die Produktmenge ist gegenüber 2023 um fast 14% gestiegen. Dies ist auf die Entwicklung der Bibliotheken zu sog. „3. Orten“ mit einer Stärkung der Veranstaltungstätigkeit im Rahmen der Zielvereinbarungen zurück zu führen.
120 BiKu	79404 Kulturelle Angebote	1.621.343	1.378.640	-242.702	173.276	↔	0,7866	0,9123	Steigende Personalkosten durch eine neu eingerichtete Stelle ab Mai 2024 (E 13) und einen zusätzlichen CAMPi-Fellow (0,5 E13) sowie Renovierungsarbeiten, die zu Belastungen im Titel 54010/208 in Höhe von 70.000 € führten.	Eine Kultureinrichtung war für sieben Monate durch die Renovierungsarbeiten geschlossen. Der entstehende Verlust bei den Angebotsmengen beträgt: 1490 ME	Die geplanten Angebotsmengen (1 ME = 60 Minuten) werden durch den Regelbetrieb in den Kultureinrichtungen, die Vermeidung von Schließzeiten (im Jahr 2024: 7 Monate im Galerie Kunst Raum Mitte), die Erweiterung des Angebots in einer Kultureinrichtung, die Ausweitung der Angebote im SG Stadtkultur sowie den Ausbau eines Outreach-Programms erreicht werden. Im Vergleich zum Vorjahr wird eine Steigerung um 3.165 ME angestrebt.	Die geplanten Angebotsmengen (1 ME = 60 Minuten) werden durch den Regelbetrieb in den Kultureinrichtungen, die Erweiterung des Angebots in einer weiteren Kultureinrichtung, den Ausbau der Angebote im SG Stadtkultur sowie durch die Erweiterung des Outreach-Programms und Kooperationsprojekte erreicht. Im Vergleich zu 2025 ist eine Steigerung um 941 ME vorgesehen.	Der Fachbereich hat in den letzten vier Jahren erfolgreich gezeigt, dass Mengensteigerungen gezielt und strategisch angegangen werden können und das Angebot entsprechend erweitert werden kann. Im Jahr 2022 wurde die Produktion gegenüber dem Vorjahr um 1.499 Mengen gesteigert. Im Jahr 2023 konnte die Produktion um 1.900 Mengen gesteigert werden. Auch im Jahr 2024 konnte trotz der vorübergehenden Schließung einer Kultureinrichtung aufgrund von Renovierungsarbeiten eine Steigerung um 161 Mengen erreicht werden. Die Ausweitung des Angebots ist jedoch mit zusätzlichen Kosten verbunden. Um diese zu decken, insbesondere im Hinblick auf die Einführung zusätzlicher Öffnungszeiten (wie z.B. „Offene Sonntage“), sollen Fördermittel oder Stellen nach § 16i SGB II eingesetzt werden. Eine vollständige Amortisation der Kosten wird bis 2027 erwartet.
120 BiKu	80927 Angebote JKS	755.702	607.640	-148.061	-98.953	↔	1,3920	1,1977	Die Jugendkunstschulen (JKS) in Berlin sind nach wie vor schwer vergleichbar, insbesondere was ihre Kostenstrukturen betrifft. Ein wesentliches Problem ergibt sich aus den baulichen Rahmenbedingungen. Begrenzte Raumressourcen sowie die Schließung von Unterrichtsräumen aufgrund fehlender Fluchtwege führen zu einer eingeschränkten Nutzbarkeit der vorhandenen Flächen. Dies führt nicht nur zu einem Mengenproblem bei der Angebotsgestaltung, sondern kann auch zu höheren Kosten pro Unterrichtseinheit führen. Ein belastbarer Kostenbenchmark ist daher nur eingeschränkt möglich.	Die gute Personalausstattung im Bereich der kulturellen Bildung stellt eine zentrale Ursache für das strukturelle Kostendefizit dar. In Mitte entstehen besonders hohe Personalkosten aufgrund der spezifischen Struktur. Neben der Durchführung von Kursangeboten übernimmt das Personal auch Managementaufgaben sowie Leistungen für lokale Bildungsverbände. Diese zusätzlichen Aufgaben beeinflussen die Produktmengenentwicklung und erschweren einen direkten Mengenbenchmark mit anderen Bezirken.	Die bauliche Situation kann bis 2025 nicht gelöst werden. Aus diesem Grund werden weiterhin alternative Lösungen zur Sicherung des Angebots geprüft. Eine Maßnahme ist die Einführung von Ausstellungen in der JKS. Dadurch können voraussichtlich 996 zusätzliche Mengen erbracht werden. Das Ausstellungsprogramm startet im April.	Für das Jahr 2026 ist vorgesehen, das Ausstellungsprogramm bereits im Januar zu beginnen. Dadurch wird eine höhere Auslastung der Räumlichkeiten ermöglicht, sodass die prognostizierte Angebotsmenge auf 1.270 Mengeneinheiten steigt.	
120 BiKu	80008 Bibl.-Beratung, Sachinfo	2.927.656	2.797.919	-129.736	-39.143	→	1,0399	1,0780	Die im Vergleich höheren Personalstückkosten, die den größten Teil des Budgetverlustes in dem Produkt ausmachen, sind insbesondere darauf zurück zu führen, dass Mitte die zusätzlichen Stellen aus der Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung (Politische Erklärung) schneller besetzt hat als andere Bezirke und diese Kosten noch nicht basiskorrigiert wurden. Mit der ZV wird von SenKultGZ eine Harmonisierung der Personalausstattung in den bezirklichen Bibliothekssystemen angestrebt. Sie endet mit Ablauf des Jahres 2025. Hiervon profitieren Bezirke stärker, die bisher gegenüber Bezirken wie Mitte eine deutliche Untererausstattung zu beklagen hatten.	Die Produktmenge ist mit 940.404 Besuchen die zweithöchste aller Bezirke nach Pankow (970.121). Sie ist gegenüber dem Vorjahr (2023: 904.311) um 36.903 (3,99%) gestiegen. Während die Veränderungen in den Mengen sich in den meisten Bezirken in einem Bereich unter 10% bewegen, sind die Mengen im Jahr 2024 gegenüber 2023 in den Bezirken Pankow um 28,42%(I), in Tempelhof-Schöneberg um 21,64% und in Treptow-Köpenick um 17,97% gestiegen. Dies geht u.a. auf zwei Ursachen zurück: a) Erweiterung der Zugänglichkeit durch Einführung von Öffnungszeiten ohne Fachpersonal (z.B. Sonntagsöffnung, Erweiterung der Öffnungszeiten am Samstag) und Buchung der damit einhergehenden Besuchszahlen in die KLR b) Einsatz neuer Besucherzählgeräte mit Sensortechnik, die besser detektieren und mehr Bewegungen erfassen (in Hamburg brachte diese Umstellung eine deutliche Erhöhung der Besuchszahlen) In Mitte konnte in der Hasabibliothek in 2024 leider nicht mehr die besucherstärkte Sonntagsöffnung realisiert werden, da keine Projektmittel zur Verfügung standen. Die Sonntagsöffnung der Schiller-Bibliothek begann erst im September und konnte daher trotz sehr gutem Zuspruch durch die Nutzer*innen diesen Wegfall nicht kompensieren.	Beschaffung und Einsatz neuer Besucherzählgeräte mit Sensortechnik, die besser detektieren und mehr Bewegungen erfassen. Die Schillerbibliothek soll im gesamten Jahr sonntags mit Kulturangebot geöffnet sein (Mittel aus Kultureller Belebung Leopoldplatz) und die Hasabibliothek kann ab dem 6.4. (mit Mitteln der LOTTO-Stiftung administriert über den Förderverein der Bibliothek) ebenfalls wieder am Sonntag das Projekt "Offen für Kultur" umsetzen.	s. 2025 Ein Vorhaben des VÖBB die Öffnungszeiten der Bibliotheken mit sog. OpenLibrary-Technik auszuweiten wird in 2026 voraussichtlich seine volle Wirkung entfalten.	Im Produkt 80035 konnte die Stadtbibliothek ihre Bilanz deutlich verbessern. Die Produktmenge ist gegenüber 2023 um fast 14% gestiegen. Dies ist auf die Entwicklung der Bibliotheken zu sog. „3. Orten“ mit einer Stärkung der Veranstaltungstätigkeit im Rahmen der Zielvereinbarungen zurück zu führen.
120 BiKu	80755 VHS Sprachintegr Fluechtl	594.849	513.295	-81.554	-70.379	↔	0,8456	0,8588	Durch die Minderung vom Mittelansatz vom Fördergeldgeber (SenASGIVA) sind die Mengen gesunken, und zwar berlinweit (siehe Tendenz) aber Personalkosten und Infrastrukturkosten sind gleich geblieben.	Durch die Minderung vom Mittelansatz wurden berlinweit in diesem Bereich die Mengen gesenkt	Reduzierung der direkten Personalkosten durch neue Angebotsplanung. Insgesamt hat der Deutschbereich aber einen Gewinn	Finanzierung ist unklar	

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen-Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen-Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?	
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?		
210 SchuSpo		95.933.527	83.047.383	-12.886.144	-9.289.824								
210 SchuSpo	78458 Schulplaetze Grundschule	22.370.415	17.685.686	-4.684.729	-3.756.152	→ 1,0127	→ 1,0257	Das strukturelle Defizit wird überwiegend durch die weiter gestiegenen Infrastrukturkosten bestimmt. Die Ersatzanmietung für die Anna-Lindh-Grundschule am Saatwinkler Damm fällt mit insgesamt ca. 4 Mio € stark ins Gewicht, hinzu treten Kosten von ca. 1,6 Mio € für den alten Standort der Anna-Lindh-Grundschule (u.a. für Mobile Räume, Unterhaltungsaufwand sowie kalk. Abschreibungen und Zinsen). Die Anmietung von Containern zur Überbrückung von Bau- Erweiterungsmaßnahmen fallen mit weiteren ca. 1,0 Mio € ins Gewicht. Weitere Kostenfaktoren sind die gestiegenen Reinigungskosten (durch neue Reinigungsverträge ab dem 01.10.2024, Sonderreinigungen nach Baumaßnahmen, Umbaumaßnahmen, wechselnde Ferienreinigungsbedarfe) sowie gestiegene Strom-, Wasser-/Abwasserkosten und Instandhaltungskosten.		Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können. Die Büroflächen am Saatwinkler Damm, die für die Anna-Lindh-Grundschule angemietet wurden, sollen zeitnah nach dem Auszug der Schule (Februar 2025) an den neuen Schulstandort Reinickendorfer Str. abgemietet werden. Die Kita am Saatwinkler Damm soll ebenfalls abgemietet werden. Containerbauten, die als temporäre Ausweichfläche dienen, können nach der jeweiligen Baumaßnahme abgemietet werden oder sind an andere Schulen umzusetzen, um dort bis zur Beendigung der Baumaßnahme bzw. dem Schulerweiterungsbau zu verbleiben. Erst dann ist mit einer entsprechenden Kostensenkung zu rechnen. Die Baumaßnahmen sollten möglichst zügig abgeschlossen werden, da sich dadurch die Verrechnungskosten reduzieren lassen.	s. 2025		keine
210 SchuSpo	80621 Hort-fr. Tr. mit bez IKT	7.310.030	4.668.136	-2.641.894	-1.251.006	→ 1,0594	→ 1,1402	s. 78458	Die Zahl der Schüler:innen, die die Hortbetreuung in Anspruch nehmen, ist im Vergleich zum Vorjahr 2023 berlinweit um 54.140 ME und auch in Mitte (4.673 ME) steigend.	s. 78458		keine	
210 SchuSpo	72570 R-Bereitstell.Eisflächen	2.813.965	677.236	-2.136.729	-1.060.437	→ 0,5994	→ 1,1665	Das strukturelle Defizit ist auf die fehlenden Mengen (- 13.089 ME zum Vorjahr 2023) und auf die Erhöhung der Infrastrukturkosten (um ca. 155%) zurückzuführen. In 2024 wurden statische Probleme in der Dachkonstruktion festgestellt; die Kosten der baulichen Unterhaltung (Sanierung der Tragwerkkonstruktion) lagen dabei bei ca. 1.100 T€. 2024 wurden statische Probleme in der Dachkonstruktion (Pylonen) festgestellt, so dass die Eishalle von Oktober bis Dezember geschlossen bleiben musste. Die Kosten der baulichen Unterhaltung (Sanierung der Tragwerkkonstruktion) lagen dabei bei ~ 1.100 T€. Die Produktmenge im Zeitraum von Oktober bis Dezember ist dabei vollständig entfallen.	Aufgrund der fehlenden Kapazität der Kältemaschine konnte von Januar bis April nur eine Eisfläche öffnen. Somit wurde das Eisstadion nur von Vereinen besucht. 2024 wurden statische Probleme in der Dachkonstruktion (Pylonen) festgestellt, so dass die Eishalle von Oktober bis Dezember geschlossen bleiben musste. Die Kosten der baulichen Unterhaltung (Sanierung der Tragwerkkonstruktion) lagen dabei bei ~ 1.100 T€. Die Produktmenge im Zeitraum von Oktober bis Dezember ist dabei vollständig entfallen.	Die erneut notwendig gewordenen Schließung (am 20.01.2025) aufgrund eines defekten Verdichters und damit einhergehende Instandsetzung soll innerhalb der Schließzeit bis Oktober 2025 durchgeführt werden.	Schließzeiten in der Eisstockhallennutzung (Januar bis März/ April, Oktober bis Dezember) müssen vermieden werden.	Das Produkt war bis 2022 nicht auffällig. Die Anlage wird regelmäßig gewartet und instandgehalten.	
210 SchuSpo	80194 Bereitstell. Schulpl. ISS	8.446.194	7.409.025	-1.037.169	-941.437	→ 0,9998	→ 1,0195	Das strukturelle Defizit wird bestimmt durch die hohen Infrastrukturkosten (Anstieg um ca. 106 %) bei nahezu gleichbleibender Menge. Nach wie vor besteht ein hoher Sanierungsbedarf bei den Schulen. Weiterhin führten gestiegene Dienstleistungskosten (Ernst-Schering-Schule) sowie gestiegene Heizungskosten (Ernst-Schering-Schule und Schule am Schillerpark) und ein deutlicher Anstieg des Unterhaltungsaufwandes (Ernst-Schering-Schule, Ernst-Reuter-Schule und Hedwig-Dohm-Schule zur Kostensteigerung.	Berlinweit sind die Schülerzahlen um 14.083 ME gestiegen, hingegen im Bezirk Mitte seit 2023 weiter ein leichter Abwärtstrend (-10 ME) erkennbar ist.	Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können.	s. 2025		keine
210 SchuSpo	78817 Bereitst.Ganztagsschulpl.	9.126.481	8.175.873	-950.608	-821.750	→ 1,0035	→ 1,0154	Das strukturelle Defizit wird hervorgerufen durch eine Steigerung der Sachkosten ggü. dem Vorjahr sowie durch die Erhöhung der Infrastrukturkosten. Der Sanierungsbedarf ist weiterhin unverändert hoch. Kostenerhöhend wirkt sich weiterhin die Anmietung von Containerbauten (Gustav-Falke-Grundschule) aus. An einigen Schulen sind die Heizkosten stark angestiegen; der Kostenanstieg ist u.a. auf den Preisanstieg infolge des Ukraine-Krieges zurückzuführen. Angestiegen sind weiterhin die Unterhaltungsaufwände (ca. 149%) und die Dienstleistungen (ca. 419%). Für einen Standort ist eine Reinigungsrechnung (ca. 60.000 Euro) aus 2023 erst in 2024 kassenwirksam geworden.		Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können.			keine
210 SchuSpo	81135 Schulpl Gem_Schul	4.089.510	3.333.833	-755.677	-975.678	→ 0,9908	→ 1,0175	Das strukturelle Defizit ist auf den Anstieg der Personal- und Infrastrukturkosten zurückzuführen. Kostentreiber sind dabei noch immer die Anmietungskosten für die Container an der Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule (HvS) mit 401.406 EUR sowie weiteren Containern in Höhe von 430.842 EUR (Mensaersatz). Es besteht unverändert ein hoher Sanierungsbedarf an den beiden Schulen (HvS: Gesamtanmietung und Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule: Erweiterung der Schule und Neubau einer Sporthalle). Drastisch erhöht haben sich die Heizungskosten an den Filialstandorten der K10 Theodor-Heuss-Gemeinschaftsschule, Siemensstr. 20 um -220% (= 50.490 EUR) und Wicelstr. 6 um -179% (=18864 EUR). Die Reinigungskosten sind an der K10 um -134% gestiegen.		Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können.	s. 2025		keine
210 SchuSpo	77673 Bereitst.v.Sportanlagen	6.199.770	5.757.844	-441.926	-405.199	→ 1,0341	→ 1,0264	Das strukturelle Defizit wurde verursacht durch einen Anstieg der Personalkosten (112%) und der Infrastrukturkosten (-107%). So ist die Steigerung von - 300% bei den Heizkosten am Standort der SpA Koloniestr 82 auf die fehlende Umverteilung der Kosten an andere SpA-Standorte zurückzuführen.	Die Anzahl der bereitgestellten Stunden lt. Belegungsplan sind bezirksübergreifend wieder leicht angestiegen, so auch im Bezirksamt Mitte um 3.502 Stunden (= -103%). Die Sportanlage Stralsunder Str. befand sich bis einschließlich April immer noch im Umbau und war somit nicht bespielbar.	Die richtige Kontierung der Personal-, Sach- und Transferkosten bleibt weiterhin nachzuhalten. Es soll am Ende des Quartals die korrekte Buchung der Kosten auf die einzelnen SpA kontrolliert und ggfls. korrigiert werden. Ebenso sollen alle Trainingskapazitäten zum 01.09. eines Jahres Produktblattkonform korrekt erfasst werden.	s. 2025		keine
210 SchuSpo	78461 Schulplaetze Gymnasien	6.834.667	6.398.237	-436.430	-448.116	→ 1,0308	→ 1,0179	Das strukturelle Defizit ist auch bei diesem Produkt beim Anstieg der Sachkosten (ca. 109 %) sowie den nach wie vor erhöhten Infrastrukturkosten (Anstieg um ca. 105%) zu suchen. Kostensteigernd wirkt sich höhere Reinigungskosten aufgrund neuer Verträge ab 01.10.2024 aus (Max-Planck-Gymnasium, Lessing-Gymnasium) sowie erhöhte Heizkosten aus. Weitere Kostenerhöhungen weist der Unterhaltungsaufwand bspw. beim Max-Planck-Gymnasium 207%, beim Lessing-Gymnasium 205% und beim John-Lennon-Gymnasium 163% auf.		Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können.	s. 2025		keine

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen- Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen- Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?	
210 SchuSpo	79728 nachtr.Erw.Schulabschluss	969.867	554.459	-415.408	-326.724	➔ 1,0227	➔ 0,9547	Das strukturelle Defizit wurde verursacht durch einen leichten Anstieg der Infrastrukturkosten um -105 %. Hier fallen insbesondere die Steigerungsraten bei Strom an der K08 Schule am Schillerpark (769% = 12.002 EUR) auf, sowie bei den Reinigungskosten am Berlin Kolleg. Hier ist eine Steigerung um -147% (=60.531 EUR) zu sehen. Ebenfalls erhöht ist der Unterhaltungsaufwand am Berlin Kolleg (121% = 12.76 EUR). Hier ist besonders zu beachten, dass ab dem August das neue 13. Rosalind-Franklin- Gymnasium mit zwei Klassen eröffnet wurde.	Die Zahl der Schüler:innen ist bezirksübergreifend im Vergleich zu den Vorjahren weiterhin rückläufig. Im Bezirk Mitte erlangten jedoch 103 Schüler:innen mehr die Hochschulreife (gesamt 4.636 ME). Das lässt sich besonders am Berlin-Kolleg beobachten, bei dem die Schüler:innen-Anzahl zw. Jan bis Juli 2024 um 46 Schüler:innen angestiegen ist, jedoch ab August bis Dezember 2024 wieder um 28 Schüler:innen gesunken ist. Hingegen blieb die Schülerquote an der Schule am Schillerpark fast stabil bei 29 bzw. 31 Schüler:innen.	Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können.	s. 2025	Das Berlin-Kolleg wird zum Schuljahr 2025/26 umziehen (Standort Tempelhof-Schöneberg).
210 SchuSpo	80686 Schulpl, Lerngr. Neuzug.	2.279.108	1.910.555	-368.553	-259.312	➔ 0,8383	➔ 1,0081	Das strukturelle Defizit wird überwiegend durch die Infrastrukturkosten bestimmt. Es besteht an den Schulen ein unverändert hoher Sanierungsbedarf. Zusätzlich fließen hier auch die anteiligen Kosten der Anmietung von Schulcontainern mit ein sowie die anteiligen Kosten der Anmietung des Bürogebäudes Saatwinklerdamm für den ausgelagerten Schulstandort der G42 Anna-Lindh-Grundschule.	Die Zahl der Schüler:innen ist bezirksübergreifend noch gestiegen um 841 ME auf nun 104.497 ME. Hingegen ist die Zahl der Schüler:innen im Bezirk Mitte stark rückläufig um 1.582 ME (gesamt nur noch 8.204 ME).	Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können.	s. 2025	keine
210 SchuSpo	80624 Hort-kommunaler Träger	1.699.911	1.480.416	-219.495	-168.568	➔ 1,0135	➔ 1,0338	Das strukturelle Defizit wird überwiegend durch die hohen Infrastrukturkosten bestimmt. Es besteht weiter ein unverändert hoher Sanierungsbedarf an mehreren Schulen, der sich auch auf die Kosten der Hortplätze in bezirkseigenen Schulgebäuden auswirkt. Auch hier sind Kosten für Containeranmietungen sowie gestiegene Reinigungskosten und andere Kosten ursächlich.	Die Zahl der Schüler:innen, die die kommunale Hortbetreuung in Anspruch nehmen, ist im Vergleich zum Vorjahr 2023 bezirksübergreifend gestiegen um 28.005 ME auf 855.893 ME. Im Bezirksamt Mitte um 338 Mengen/ Jahr.	Für alle Schulen sollen aktuelle Raumdateien erstellt werden. Die bisher erhobenen Daten sollen mit den bisherigen Datensätzen bei FM und dem SID abgeglichen und ggfl. angepasst werden. Insbesondere sollen (fachfremde) Vermietungen, doppelte Raumnutzungen etc. erfasst werden, um die Umlagen der Infrastrukturkosten genauer abbilden zu können.	s. 2025	keine
210 SchuSpo	79876 Finanz. f. Privatschulen	456.858	353.864	-102.994	-7.165	➔ 0,9957	➔ 1,0064	Das strukturelle Defizit wird hervorgerufen durch einen Anstieg der Personalkosten um -495% (= 9.583 EUR mehr als 2023) und höheren Infrastrukturkosten. Der Anstieg lag hier bei -557% (= 98.021 EUR).	Die Zahl der Schüler:innen ist bezirksübergreifend nur knapp um -101% angestiegen. Im Bezirk Mitte ist die Anzahl der Schüler:innen hingegen rückläufig um 390 ME.		s. 2025	keine
<b>310 Ordnungsamt</b>		<b>13.073.218</b>	<b>13.293.087</b>	<b>219.869</b>	<b>-442.269</b>							
310 Ordnungsamt	81157 Ord-Verkehrsüberwachung-V	1.130.896	1.003.061	-127.834	0	-	-	Gemeinsame Streife mit dem AOD, wobei der AOD wegen der Einarbeitung der VÜD's noch überwiegend die Anzeigen aufgenommen hat. Dies führt zu geringeren Mengen beim VÜD.		VÜD Streife zukünftig ohne AOD und damit mehr eigenständige Maßnahmen.		
310 Ordnungsamt	80550 Gewerbebescheinigungen	742.496	672.035	-70.461	-12.109	➔ 0,9856	➔ 1,0030	Unterschiedliche Eingruppierung in die Entgeltgruppe der Mitarbeitenden ggü. anderen Bezirken ( von E5/6 bis zu E9a in Mitte) beeinflusst hier die Kosten. Darüber hinaus ist in 2024 der Personalbestand gestiegen (u.a. Nachbesetzung eines bisher unbesetzten Sachgebietes).	Eine etwas geringere nicht beeinflussbare (Einwirkung von außen) Menge ggü. dem Vorjahr führte damit zur Erhöhung der Stückkosten in 2024	In Jan und Feb 2025 sind 10% höhere Mengen im Vergleich zum Zeitraum Ja/Feb 2024 zu verzeichnen. Evtl. ist bereits dadurch bei Trendfortführung eine Verbesserung zu erreichen.		
310 Ordnungsamt	80950 Bewachung (§ 34a GewO)	298.434	236.615	-61.819	-59.678	➔ 1,1673	➔ 1,2174	Die in 2024 970 überprüften Wachpersonen bedurften 360 näheren (abgeschlossenen) Zuverlässigkeitsprüfungen (ZVP) durch den Bereich BeVa (gehobener Dienst). Das sind, wie im vergangenen Jahr rund 37 % der Gesamtfälle. Dies beinhaltet idR Anforderungen von Urteilen bei den Amtsgerichten und Akten zu laufenden Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft. Diese teils umfangreichen Unterlagen gilt es gründlich auszuwerten um zu einer rechtssicheren Entscheidung zu gelangen (Eingriff in die Berufsfreiheit). Darüber hinaus sind noch 197 Fälle nicht abgeschlossen (Zeitaufwand 2024, Menge erst zu einem späteren Zeitpunkt). Die AG BeVa konnte ihre Zeitanteile im Vergleich zum Vorjahr trotz Mengenzunahme (360 zu 308) halten. Hier ist nicht bekannt, ob andere Bezirke einen ähnlich hohen Anteil an notwendigen ZVPen haben und ob diese ebenso gründlich durchgeführt werden. Eher ist davon auszugehen, dass aufgrund einer anderen Bevölkerungsstruktur in den Randbezirken im Verhältnis weniger nähere ZVPen erfolgen, was die dortigen niedrigeren Personalkosten begründen würde. Die AG Gewerbe ist mit einer hohen Anzahl von Nachfragen und Meldungen konfrontiert, die letztlich vom Meldenden storniert werden und zu keiner Mengenzahlung gelangen. Der notwendige Stellenanteil ist im Vergleich zu 2023 nahezu identisch (leichte Verringerung) bei Mengensteigerung um insg.17 %. Auch hier ist nicht bekannt, ob dies in anderen Bezirken ähnlich der Fall ist.		nicht beeinflussbar		
310 Ordnungsamt	79022 VetLeb-Tierseuchenbekämpf	240.038	209.911	-30.127	98.507	➔ 0,7117	➔ 0,9700	Gegenüber 12/2023 ist die Menge deutlich geringer geworden (12/23: 4.571; 12/24: 3.253, das bedeutet einen Rückgang von 1.318 Mengen). Die Mengeneentwicklung ist insbesondere auf nachfolgenden Sachverhalt zurückzuführen, -Weggang einer Tierärztin -Der Bezirk Mitte liegt seit 2024 in einer Sperrzone aufgrund der Blauzungenkrankheit. Die dadurch entstandenen Verbringungsbeschränkungen für empfängliche Tierarten haben zu einer deutlich verringerten Zahl an Transporten von empfänglichen Tieren, inkl. Tierseuchen-Zertifikate mit Untersuchungen auf Tierseuchen vor Transporten, geführt (v.a. im Zoo).	Einstellung neuer Tierärzte / Tierärztinnen			
310 Ordnungsamt	80949 AMS Ordnung	321.362	296.681	-24.681	-51.392	➔ 1,1955	➔ 1,2157	Auswirkung auf die Kosten hat die gegenüber anderen Bezirken hohe Einstufung in der Entgeltgruppe der Mitarbeitenden (z.B. Mitte E9a, Neukölln E5).		Im Rahmen des Projektes zukunftsfähige Ordnungsämter wird die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle zur zentralen Anlaufstelle und damit erfolgt teilweise eine neue Aufgabenzuordnung. Dies wird langfristig zu einer Veränderung der Mengen- und Kostenstruktur führen. Darüber hinaus wird die vollumfängliche Mengenerfassung weiter vorangetrieben.		

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen- Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen- Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?		
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?			
330 SGA		47.473.036	43.421.686	-4.051.350	-7.634.146							Die Ergebnisse 2024 für das SGA weisen ein Defizit in Höhe von 4.051.349 € aus. Gegenüber 2023 ist allerdings eine Verbesserung von rd. 3,6 Mio. € erzielt worden. Dazu maßgeblich beigetragen hat eine Verbesserung der Datenqualität, die in 2025 weiterhin verfolgt und verbessert wird. Es wurden z.B. im Produktbereich 52 Unterkostenstellen je Revier eingerichtet. Auch wurden Managemententscheidungen getroffen, die das Ergebnis verbessert haben.		
330 SGA	80932 üblich öff. Grünanl.	11.210.782	9.840.250	-1.370.532	-2.268.560	→	0,9921	→	1,0067	Das in 2023 vorhandene Defizit in Höhe von 2.268.560 € konnte im Jahr 2024 auf 1.370.532 € reduziert werden. Das entspricht einer Verbesserung in Höhe von ca. 898 T€.			Wie in den vergangenen Jahren werden die üblichen Grünanlagen durch die Senatsverwaltung in zwei Kategorien unterteilt. Dieses wird zu signifikanten Ergebnisverbesserungen für das SGA Mitte führen. Im Jahr 2023 betrug die Wertausgleichssumme rd. 1,6 Mio €. Die Zielvereinbarung mit der Senatsverwaltung steht im absoluten Widerspruch zur Kosten- und Leistungsrechnung. Minderausgaben führen zu einem geringeren Zuweisungsbetrag aufgrund der Zielvereinbarung. Mehrausgaben führen zu einer geringeren Zuweisung aufgrund des KLR-Ergebnisses. Dieses Spannungsfeld ist durch das SGA nicht aufzulösen. Ein entsprechendes Schreiben der Stadträtin an die Senatsverwaltung wurde bereits im Vorjahr in Abstimmung mit anderen Bezirken abgesandt.	
330 SGA	80933 einfach öff. Grünanl.	1.101.355	309.495	-791.860	-277.186	→	1,0148	→	0,9800	Verantwortlich für das Defizit sind weiterhin vorrangig die Personalkosten.			Die Zielvereinbarung mit der Senatsverwaltung steht im absoluten Widerspruch zur Kosten- und Leistungsrechnung. Minderausgaben führen zu einem geringeren Zuweisungsbetrag aufgrund der Zielvereinbarung. Mehrausgaben führen zu einer geringeren Zuweisung aufgrund des KLR-Ergebnisses. Dieses Spannungsfeld ist durch das SGA nicht aufzulösen. Ein entsprechendes Schreiben der Stadträtin an die Senatsverwaltung wurde bereits im Vorjahr in Abstimmung mit anderen Bezirken abgesandt.	
330 SGA	80934 Grundstücksbereitstellung	4.806.241	4.042.978	-763.264	-51.431	→	0,9967	→	0,9941	Im BA Mitte besteht wegen der Innenstadtlage ein erhöhter Aufwand. Die Kostensteigerung in Höhe von 10% sind auf von Gemeinkostenverschiebungen zurückzuführen, die noch zu ergründen sind. Erhöhte Kosten entstehen in Mitte durch vermehrten Anfall von Müll in den Grünanlagen, welcher nicht durch die BSR beseitigt wird. Auch fallen vermehrt Leistungen der Grundstücksverwaltung an, da insbesondere die Sondernutzung in einem Innenstadtbereich häufiger vorkommt. Des Weiteren unterliegt der Median in diesem Produkt großen Schwankungen. Im Jahr 2020 lag er noch bei 9,91 €, 2021 – 10,57 €, 2022 – 11,06 €, 2023 – 7,28 € und 2024 6,44 €.				
330 SGA	78846 SVB-Verkehrsbh.Erlaubn.	1.737.122	1.227.635	-509.486	-471.936	↔	0,8802	↔	1,2709	Es handelt sich hier um ein Produkt, welches sowohl durch das SGA als auch durch das Ordnungsamt bebucht wird. Betrachtet man die Mengen und erweiterten Teilkosten je Kostenstelle so entfallen 89.000 € des Defizits auf das SGA und rund 420.000 € auf das Ordnungsamt. Eine Ausweisung der Produktergebnisse je Amt würde somit das Gesamtergebnis des SGAs um 420.000€ verbessern. Das Ordnungsamt gibt zum Defizit folgende Stellungnahme ab: Die Ursache liegt bei den überhöhten Personalkosten. In 2024 gab es einen Zuwachs beim Personalkörper (u. a. Neueinstellungen und Erprobungen aus anderen Bereichen).	Das Teildefizit im SGA beruht auf einem erhöhten Krankenstand im Jahresverlauf 2024. Das Ordnungsamt hat verschiedene Personen eingearbeitet, die leider nicht die ausreichenden Arbeitsergebnisse erzielten und daher für eine Weiterbeschäftigung nicht in Frage gekommen sind. Darüber hinaus war insgesamt ein auffällig hoher Krankenstand in 2024 zu verzeichnen. Die Stellenanteile haben sich von Januar 2024 zu Dezember 2024 verringert. Im Rahmen des Mengenkorrekturverfahrens II erfolgte eine Nachmeldung von 495 Mengen durch das Ordnungsamt, die von der PMG-Tiefbau befürwortet wurde. Das endgültige Ergebnis wird sich dadurch leicht verbessern, bleibt aber noch abzuwarten.	Überdies gab es zum 01.02.2025 eine organisatorische Veränderung im Ordnungsamt was dazu führt, dass sich die Stellenanteile auf diesem Produkt nochmals verringern werden.		
330 SGA	77700 öffentl. Friedhöfe	945.721	465.910	-479.811	-584.586	→	1,0000	→	0,9990	Das Defizit konnte gegenüber 2023 um rd. 100 T€ reduziert werden. Die Produkte der Kostenstelle 382000.00 Friedhöfe müssen gesamt betrachtet werden. Die Nachteile durch die Innenstadtlage unserer Friedhöfe (z.B. Kosten für Sicherheitsdienste) können nicht ausgeglichen werden. Des Weiteren gab es 2024 Abgrenzungsprobleme bei der Zeitaufschreibung zwischen den Produkten 77700 und den Produkten 77701 Erdbestattungen und 77702 Urnenbeisetzungen.	Die Abgrenzungsprobleme bei der Zeitaufschreibung zwischen den Produkten 77700 und den Produkten 77701 Erdbestattungen und 77702 Urnenbeisetzungen werden in 2025 gesondert betrachtet ggf. nach Auswertung mit dem Fachbereich korrigiert.			
330 SGA	78783 Mängelbeseitigung Str-TBA	3.174.435	2.808.678	-365.757	-1.074.723	↔	1,5896	↔	1,0651	Die Sachkosten in Höhe von 2,4 Mio € bilden hier mit 78% den Hauptbestandteil der Kosten und wurden für die mit der Beseitigung beauftragten Baufirmen verausgabt. Die erhöhte Komplexität im verdichteten Innenstadtbereich sowie die Verwendung eines besonderen Kaltasphalts, der für den Einbau besser geeignet ist, führt zu höheren Preisen bei den Stellenwagenverträgen.	Die Unterhaltung öffentlicher Straßen und die Beseitigung von Schadstellen stellt eine gesetzlich vorgeschriebene Verpflichtung dar, daher ist die Beeinflussung der Mengen nicht möglich.			Durch Verbesserung des Buchungsverhaltens hat sich das Defizit 2024 gegenüber dem Vorjahr von 1.074.723 € auf 365.757 € reduziert.
330 SGA	80961 Gruenpflege Straßenland	937.853	591.498	-346.355	10.182	→	1,0318	→	1,0059	Für die Mittelstreifenpflege fallen in der Vergabe sehr hohe Kosten an, da teilweise sehr aufwendig zu pflegenden Örtlichkeiten auf Grund der baulichen Gegebenheiten vorliegen.	Die Straßenbaumkontrollen wurden in 2024 intensiviert und vollständig durchgeführt. Durch die Ersterfassung entstand ein höherer Aufwand, der sich mittelfristig reduzieren wird.			
330 SGA	79018 Ausführung strverkehrh.AO	689.793	498.892	-190.900	-229.445	↔	1,4691	↔	1,4901	Die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen aus Gründen der Öffentlichen Sicherheit bei Staatsbesuchen, Demos und anderen Großveranstaltungen verursachen bei diesem Produkt erhebliche zusätzliche Sachkosten in Höhe von rund 330.000 €. Darunter fallen u.a. die Aufstellung und Vorhaltung von Halteverboten und Straßensperrungen. Dagegen erreichen in acht von zwölf Bezirken die Sachkosten beim Produkt 79018 insgesamt nicht einmal 100.000 €.	Die Masse an erforderlichen Einzelmaßnahmen bei großflächigen Anordnungen wird nicht ausreichend bei der Zählmweise des Produkts berücksichtigt.			2024 konnte das Defizit durch ein verbessertes Buchungsverhalten um 38.545 € im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden.

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen- Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen- Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?	
330 SGA	80986 Str.bäume-Kontrolle	462.387	312.031	-150.356	-53.869	↔ 1,3552	↔ 0,9446		Der Aufwand der Kontrollen der Straßenbäume ist aus Verkehrssicherungsgründen zu erbringen. Es wurde eine hohe Priorisierung der Straßenbaumkontrollen vorgenommen, um diese vollständig durchführen zu können. Gerade die Ersterfassung der Kontrollen ist mit einem höherem Aufwand verbunden. Beim Aufwand wird mittelfristig eine Reduzierung erwartet.			
410 Stadtentw		14.647.709	14.933.620	285.911	342.069							
410 Stadtentw	80377 R-Durchführungssteu. QM	661.634	493.154	-168.480	-164.132	↔ 0,8571	↔ 1,0000	Der Bezirk Mitte hat die höchsten Personalstückkosten im berlinweiten Vergleich zudem belasten im Bezirk Mitte Sachkosten dieses Produkt, die aus der Übernahme der Mietkosten für die Vor-Ort-Büros der Gebietsbeauftragten resultieren.	Die Mengen sind nicht beeinflussbar. Gezählt werden gemäß Produktkatalog die Quartiersmanagementgebiete mit der Menge 1 pro Monat als Dauerbuchung.	Entsprechend des Beschlusses Nr. 885 des Bezirksamtes vom 29.10.2019 wird je Fördergebiet 1/2 Stelle als bezirkliche Förderstelle und bezirkliche Gebietssteuerung vorgesehen. Dieser Wert wird mit den drei vorhandenen Stellen für technische Tarifbeschäftigte (EG11 EntgeltO zum TV-L) zzgl. Führungskraft eingehalten. Weitere Personalkosten für nichttechnische Tarifbeschäftigte (Back-Office Unterstützung der techn. TB) sind dem Produkt zusätzlich zuzurechnen, hier wird in 2025 eine Reduzierung des Personalanteils im Back-Office-Bereich angestrebt. Es werden keine unmittelbaren Möglichkeiten gesehen, die Personalkosten der technischen Sachbearbeitungen dauerhaft und nachhaltig zu senken. Auch eine Senkung der Sachkosten ist nicht möglich, da mit dem o.g. Beschluss des Bezirksamtes als Grundlage für einen Senatsbeschluss zur Fortführung der QM-Gebie auch die Kostenübernahme für die Vor-Ort-Büros der Gebietsbeauftragten zugesichert wurde.	vgl. 2025	Keine
410 Stadtentw	78435 B-Plan Beteilig. Behörden	251.894	133.294	-118.600	-143.716	↔ 1,0000	↔ 0,9792	Der Bezirk Mitte hat die höchsten Personalstückkosten im berlinweiten Vergleich. Durch die Innenstadtlage, insbesondere auch hinsichtlich der im Bezirk verorteten Flächen mit Hauptstadtfunktion, diverser Hochbau- sowie politisch in der Diskussion stehenden Vorhaben, werden im Rahmen der Behördenbeteiligung regelmäßig zahlreiche Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange vorgebracht, die vor einem Abschluss des Verfahrensschritts (und Mengenzählung) durch Fachgutachten oder durch Untersuchungen der Sachbearbeitenden vertiefend zu untersuchen sind und somit zu entsprechend hohem Personaleinsatz mit korrespondierenden Personalkosten führen.	Im Kalenderjahr 2024 wurden nur zwei Stückmengen gebucht. Die Mengenzählung wurde geprüft, es wurden keine Fehler festgestellt. Die Produkte zu Bebauungsplanverfahren fallen regelmäßig in nur geringen Stückmengen an. Die Stückmengen waren im Hinblick auf die in Bebauungsplanverfahren erforderlichen Abwägungsprozesse nach Durchführung der Behördenbeteiligung (vor Mengenzählung nach Zählweise 2024) nicht zu beeinflussen.	Im Rahmen eines Produktänderungsverfahrens wurde die Zählweise für die Produkte der verbindlichen Bauleitplanung geändert. Wurde nach alter Zählweise erst nach abgeschlossenem Verfahrensschritt eine Menge gezählt, wird mit der ab 2025 geltenden Version 29/2025 des Produktkataloges die Zählweise dahingehend geändert, als dass eine Menge min. 10 Stunden Arbeit an diesem Verfahrensschritt im Monat entspricht. Der Bezirk erhofft sich hier durch die geänderte Zählweise einen Rückgang des Budgetdefizits.	vgl. 2025	Keine
410 Stadtentw	76889 Plan.rechtliche Bescheide	949.503	838.693	-110.810	2.233	↔ 1,1846	↔ 1,0866	Das Produkt ist stark durch Sachkosten belastet, die aus der durch den Bezirk angebotenen - politisch gewünschten - Mieterberatung in den sozialen Erhaltungsgebieten resultiert.	Keine	Durch die nicht in Anspruch genommene Verlängerungsmöglichkeit zuvor bestehender Verträge werden die auf das Produkt entfallenden Sachkosten im HJ 2025 sinken.	Ob es in 2026 zu einer Veränderung der Sachkosten kommen wird, wird maßgeblich von der politischen Willensbildung im Rahmen der Haushaltsberatungen für den DHH 2026/2027 abhängen.	Das Produkt war bislang nicht defizitär.
410 Stadtentw	78432 VT Sanierung u. Propgl.	641.318	564.357	-76.961	-43.673	↔ 0,9621	↔ 0,8659	Der Bezirk Mitte hat die berlinweit höchsten absoluten Personalkosten sowie die höchsten Personalstückkosten.	Keine	Um eine Reduzierung des Defizits zu erzielen, wird ein geänderter Personaleinsatz geprüft. Es muss hierbei aber insbesondere auch beachtet werden, ob dies zu einer signifikanten Mengenreduzierung führt, die gleichermaßen den Effekt der Personalkostenreduzierung verfließen lässt.	vgl. 2025	Es wurden in 2024 keine Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits durchgeführt.
410 Stadtentw	60830 Abgeschlossenheitsbesch.	84.549	46.478	-38.071	33.788	↔ 0,4682	↔ 0,8285	Der Bezirk Mitte hat die dritthöchsten Personalstückkosten im berlinweiten Vergleich. Die absoluten Personalkosten sind jedoch im Vorjahresvergleich gesunken.	Die Mengentendenz ist im gesamten Land Berlin rückläufig, jedoch ist der Bezirk Mitte hiervon im besonderen Maß betroffen. Da es sich um ein Antragsverfahren handelt, ist die Mengenentwicklung jedoch nicht zu beeinflussen.	Es wird davon ausgegangen, dass die Mengenentwicklung sich weiter auf dem niedrigen Vorjahresniveau bewegen wird. Durch geänderten Personaleinsatz wird angestrebt, die Stückkosten positiv zu beeinflussen und die absoluten Personalkosten weiter zu senken.	vgl. 2025	Das Produkt war bislang nicht defizitär.

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen-Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen-Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?	
510 Soz		27.657.968	25.332.609	-2.325.359	-1.406.519							
510 Soz	80683 ambul_HzP Quali_Sich	914.044	150.680	-763.364	-337.361	0,2778	0,6639	s. letzte Spalte	s. letzte Spalte	s. letzte Spalte	s. letzte Spalte	Wie in den Jahren zuvor ist nach Auffassung der SenFin eine reguläre Budgetberechnung beim Produkt 80683 auch für das Haushaltsjahr 2025 weiterhin nicht möglich gewesen. Daher wurde das Produkt auch für das Haushaltsjahr 2025 Ist-Kosten budgetiert. Gemäß der "Fortschreibung 2024 der Hinweise der Produktmentorengruppe 1032 zur grundsätzlichen Refinanzierung des Produktes 80683 „Qualitätssichernde Maßnahmen in der ambulanten Hilfe zur Pflege bei Verdacht auf Leistungsmissbrauch oder Fehlverhalten“ hat sich an der grundsätzlichen Problematik bei diesem Produkt nichts geändert (s. beigefügte Anlage). Auch im Jahr 2024 gelten die Hinweise der PMG zur fehlenden Vergleichbarkeit zwischen den Bezirken aus den Vorjahren uneingeschränkt weiter. Somit ist auch im Rahmen der Budgetierung für das Haushaltsjahr 2026 von einer Ist-Kosten-Budgetierung für dieses Produkt auszugehen.
510 Soz	80690 V-ambul/teilstat. HzP	1.943.355	1.316.973	-626.381	-310.970	0,9738	1,0023	Um 3 % gesunkene Mengen sowie um 23 % gestiegene Kosten (überwiegend mehr Personalkosten zzgl. höherer Umlagen, u.a. aus der Rechts- und Widerspruchsstelle durch Aktualisierung der Durchschnittsberechnung und Anpassung der Dauerbuchung in DLE führen zu einer Erhöhung der Stückkosten um 27 % bei gleichzeitiger Erhöhung des Medians um lediglich 9 %. Darüber hinaus führt ein erhöhter Personaleinsatz im FB 3 zu positiven Effekten bei den Transferprodukten (s. Testbudgetierung 12/2024 Transferprodukte aHzP/Ambulante und teilstationäre Hilfe zur Pflege: +775.800!)	-	Aufgrund einer besonderen Krankheitsituation in der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung mussten die entstandenen Rückstände insbesondere im letzten Quartal 2024 mit Hochdruck aufgearbeitet werden. Dazu wurden zahlreiche Mitarbeitende aus der gesamten Fachstelle Qualitätssicherung zur Abarbeitung der Rückstände herangezogen. Bei den Mitarbeitenden handelt es sich um deutlich hochdotiertes Personal. Die Personalkosten mussten also auffallend steigen, zumal auch die zuständige Führungskraft maßgeblich an der Abarbeitung der Rückstände beteiligt war. Um das fehlende Personal zumindest für überbrückende Zeiträume kompensieren zu können, wurden Praktikanten, Auszubildende und Hospitanten akquiriert, die sich aktuell gerade in der Einarbeitung befinden. Auch laufen weitere Auswahlverfahren, um zumindest die Stellen der Angestellten befristet besetzen zu können, darüber hinaus wurden Stellen aus dem Ukraine-Pool zur Verfügung gestellt, die sich ebenfalls gerade im Auswahlverfahren befinden. Im Übrigen wird im FB 3 weiterhin ein großes Augenmerk auf die Steuerung der Transferkosten gesetzt, da die diesbezüglichen Erfolge dies rechtfertigen.	In der Hoffnung, dass die krankheitsbedingt fehlenden Kollegen im Laufe des Jahres 2025 wieder zur Verfügung stehen, wird davon ausgegangen, dass die daraus resultierenden höheren Personalkosten sich im Jahr darauf wieder relativieren. Auch werden weiterhin alle möglichen Maßnahmen ergriffen, um passend dotiertes Personal einzusetzen. Die Maßnahmen der Transferkostensteuerung werden stetig weiterentwickelt und optimiert, so dass weitere positive Effekte erwartet werden.	s. Spalte Y (Zusammenhang mit der Entwicklung bei den Transferprodukten)
510 Soz	80992 EGH-SGB IX Leistungsgew.	2.070.817	1.716.999	-353.818	-284.098	1,0308	1,0259	Um 3 % nur minimal gestiegene Mengen sowie um 13 % gestiegene Kosten, insbesondere durch gestiegene Personalkosten im FB 4 sowie entsprechend höherer Umlagen verursacht, führen zu einer Erhöhung der Stückkosten um 10 % bei gleichzeitiger Erhöhung des Medians um lediglich 4 %.	-	Die Wirkung der bereits ergriffenen Maßnahmen (s. Stellungnahme zur DS 0931/IV Stand 12/2023) wird weiterhin beobachtet und überprüft. Das Buchungsverhalten insbesondere der Leistungskordinatoren wird weiterhin geprüft. Dabei werden Zeitaufwände für Bedarfsermittlung stets dem Produkt 80991 zugeordnet. Darüber hinaus gilt hier insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Produkt 80991, dass ein erhöhter Personaleinsatz im FB 4 zu positiven Effekten bei den Transferprodukten der Eingliederungshilfe führt. So konnte das Defizit nach Basisrekorrur von -3.665.460 € im Jahr 2020 auf -1.475.364 € im Jahr 2023 gesenkt werden. Das Ergebnis nach Basisrekorrur für das Jahr 2024 liegt aktuell noch nicht vor.	Fortführung der Maßnahmen aus 2025	s. Spalte AA und Spalte Z beim Produkt 80991
510 Soz	80991 EGH SGB IX Bedarfsermittl	2.165.436	1.852.476	-312.959	-977.522	2,1543	1,4695	s. Spalte Z	Im THFD konnte der (theoretische) Verlust bei den Produkten 80991 (s. Hinweis zur Ist-Kosten Budgetierung weiter unten) + 80992 von insgesamt -1.261.620 € auf -666.777 € gesenkt werden. Dies ist auf die Verschiebung von Personalkosten vom Produkt 80992 auf das Produkt 80991 sowie der damit einhergehenden Erhöhung der Mengen beim Produkt 80991 zurückzuführen. Dieser Prozess fand bereits im Jahr 2023 statt. Im Jahr 2024 konnten beim Produkt 80991 die Mengen noch weiter gesteigert werden. Für 2025 wurde dieses Produkt letztmalig Ist-Kosten budgetiert! Aufgrund einer sich verringerten Stückkostenspreizung zwischen den Bezirken ist ab 2026 mit einer Regelbudgetierung zur rechnen!	Auch im Jahr 2025 ist mit einer weiteren Mengensteigerung zu rechnen. Die Einarbeitung der im letzten Jahr neu eingestellten THP ist abgeschlossen. Darüber hinaus wird durch gezielte Steuerungsmaßnahmen auf eine Verschlankung des Prozesses der Bedarfsermittlung hingewirkt. Dies ermöglicht eine effizientere Aufgabenerledigung und führt zu mehr Mengen.	Fortführung der Maßnahmen aus 2025	s. Spalte Z und Spalte AA beim Produkt 80992
510 Soz	78407 Leistg. Grundsicherung	6.004.755	5.758.940	-245.815	203.145	1,0284	1,0224	Um 3 % nur minimal gestiegene Mengen sowie um 18 % gestiegene Kosten, insbesondere durch gestiegene Personalkosten im FB 2 sowie entsprechend höherer Umlagen verursacht, führen zu einer Erhöhung der Stückkosten um 15 % bei gleichzeitiger Erhöhung des Medians um lediglich 7 %.	-	Der Bereich Grundsicherung ist in den anderen Sozialämtern personell deutlich schlechter aufgestellt als in Mitte. Es existieren derzeit verschiedene Arbeitsgruppen, welche eine berlineinheitliche Fallzahl / VzÄ für den Bereich der Grundsicherung entwickeln, um diese verbindlich mit der zuständigen Senatsverwaltung zu vereinbaren. Diese bleibt abzuwarten. Durch eine perspektivisch bessere Personalausstattung der anderen Sozialämter sollte es zu einer Erhöhung des Medians und somit Reduzierung des Verlustes kommen.	s. Spalte AA	-
510 Soz	80005 Generatio.spez.Ang.in SFS	230.040	66.417	-163.623	-83.328	1,2353	1,0318	Um 24 % gestiegene Mengen sowie um 63 % gestiegene Kosten führen zu einer Erhöhung der Stückkosten um 32 % bei gleichzeitiger Absenkung des Medians um 22 %. Die Kostensteigerung ist einerseits auf die durch die Fortschreibung der Einzelaspekte zur Zeitstatistik geänderten Personalkostenbuchungen (jetzt kostenrelevant) für einen § 16 i SGB II-Mitarbeitenden zurückzuführen, andererseits wurden Neueinstellungen vorgenommen, die im überwiegenden Maße für die Begegnungsstätte Spandauer Str. 2 tätig sind und somit der Aufwand auf das Produkt 80005 gebucht wurde. Durch die gestiegenen Stellenanteile haben sich die Umlagen ebenso entsprechend erhöht. Da sich der überwiegende Teil der zusätzlichen Kosten erst spät im Jahr 2024 auswirkt, ist im Jahr 2025 mit einer weiteren Kostensteigerung zu rechnen, da diese sich dann auf ein volles Jahr auswirkt.	-	Durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, welche stetig weiterentwickelt wird, soll die Bekanntheit der Angebote gesteigert werden. Des Weiteren soll durch Bedarfsanalysen und Kooperationen mit anderen Einrichtungen neue, zusätzliche Angebote geschaffen werden. Darüber hinaus soll durch Umfragen herausgefunden werden, welche Angebote wirklich gefragt sind. Die Gäste der Begegnungsstätte Spandauer Str. 2 werden dafür regelmäßig befragt und es sind bereits neue Veranstaltungen entstanden, die zu einer Steigerung der Mengen beitragen sollen.	Fortführung der Maßnahmen aus 2025	-
510 Soz	76874 Pflegeleistungen	127.965	11.364	-116.601	-58.778	0,9847	6,8819	s. letzte Spalte	s. letzte Spalte	s. letzte Spalte	s. letzte Spalte	Aus einer fehlerhaften Eingabe der Menge Oktober durch den Bezirk Neukölln resultierte ein besonders ungünstiger Mediankorrekturfaktor (MKF = 0,1504). Dieser Fehler des Bezirks Neuköllns wurde im Mengenkorrekturverfahren korrigiert. Das Produkt weist nun keinen MKF mehr aus. Der Verlust des Bezirks Mitte hat sich dadurch auf -52.417 € reduziert.

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen-Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen-Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?	
510 Soz	80921 Unterbringung Obdachlose	929.043	816.122	-112.921	-43.375	➔ 1,0182	0,8625	Ab 04/2024 wurden auf diesem Produkt deutlich mehr Stellenanteile gebucht. Dies ist auf die Neueinstellung von Personal im Bereich Unterbringung und insbesondere im Bereich Heimbegehung zurückzuführen.	Für die Leistung Heimbegehung sind laut Produktblatt beim Produkt 80921 lediglich die Kosten zu erfassen. Eine Mengenzählung ist für die Leistung Heimbegehung laut Produktblatt nicht zulässig.	Durch die Neueinführung des Produktes 81174 - Qualitätssicherung der ordnungsgemäß genutzten Einrichtungen nach ASOG (Heimbegehung) - zum 01.01.2025 entfällt die bisherige Buchung des Aufwands für die Heimbegehung beim Produkt 80921. Da für die Leistung Heimbegehung beim Produkt 80921 keine Mengenzählung erfolgen durfte, ist mit der Einführung des neuen Produktes mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung beim Produkt 80921 zu rechnen.	Fortführung der Maßnahmen aus 2025	-
<b>520 BuD</b>		<b>21.751.482</b>	<b>20.564.326</b>	<b>-1.187.156</b>	<b>-1.657.816</b>							
520 BuD	61541 Wohngeld	2.952.149	2.320.413	-631.735	-738.405	➔ 1,1798	1,0492	Auf Grund der zum 01.01.2023 in Kraft getretenen Wohngeldreform wurde zusätzliches Personal (15 unbefristete und 10 befristete Stellen) eingestellt, da ein hoher Anstieg der Antragszahlen prognostiziert wurde. Es kam so zu einem Anstieg der Personalkosten	Mengen in Mitte konnten gesteigert werden in 2024 (10.822) zu 2023 (9.173), jedoch noch nicht in dem erforderlichen Umfang in Relation der Personalkostensteigerung nach Einsatz des zusätzlichen Personals	Nach Auswertung der Gesundheitsquote für das 4. Quartal 2024 ist der Krankenstand im Wohnungsamt überdurchschnittlich hoch. Zur Reduzierung des Krankenstandes wurden folgende Maßnahmen ergriffen, welche auch in 2025 weiterverfolgt werden: - Einbeziehung des Langzeitkrankenmanagements und Durchführung von BEM-Verfahren - Aussprechen von Attestauflagen - Einleitung von amtsärztlichen Untersuchungen  Bisher befristete Beschäftigte wurden bei entsprechenden Leistungen unbefristet übernommen. Die weiteren bis Ende 2024 befristeten Beschäftigten wurden nicht verlängert.  Die Ergebnisse des in 2024 erfolgten Best-Practice-Austausch mit anderen Bezirken werden weiterhin umgesetzt. Mit einer Arbeitsanweisung wurden die unbedingt notwendigen Unterlagen zur Antragsbearbeitung festgelegt, um die Bearbeitungsprozesse weiter zu beschleunigen.	Weitere Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung des Krankenstandes: - Einbeziehung des Langzeitkrankenmanagements und Durchführung von BEM-Verfahren - Aussprechen von Attestauflagen - Einleitung von amtsärztlichen Untersuchungen  Evaluation der Maßnahmen zur Beschleunigung des Antragsverfahrens.	Im Vergleich zur Gesundheitsquote aus dem 1. Quartal 2024 (78,6) hat sich die Quote bis zum 4. Quartal 2024 leicht verbessert (81,2).
520 BuD	79097 Standesamt Beurkundungen	1.365.927	1.134.557	-231.370	-147.423	➔ 1,0414	1,0098	Kostentreiber sind vorrangig die hohe Personalfuktuation und Neueinstellungen; aufgrund gesetzlicher Änderungen wurde für 2024 insgesamt ein Personalbedarf im Umfang von 7 Stellen bzw. Beschäftigungspositionen bewilligt. In 2024 gab es insgesamt 10 Personalzugänge und 6 Personalabgänge. Die Ausbildung der Standesbeamten vor Ort führt zu zusätzlicher Belastung der erfahrenen Standesbeamten und eine Bestellung erfolgt erst nach 6 Monaten. Zusätzlich gibt es hohe gebäudebedingte Infrastrukturkosten sowie hohe Umlagekosten (ohne direkte Einflussmöglichkeit im Amt).	Mengen in Mitte konnten in 2024 (11.264) gegenüber 2023 (10.816) leicht gesteigert werden, jedoch noch nicht in dem erforderlichen Umfang in Relation der Personalkostensteigerung nach Einsatz des zusätzlichen Personals (Ausbildung + Einarbeitungsphase).	Personalbindung stärken, Verbesserung der Belastungssituation, Teamklima und der Arbeitsbedingungen unter Auswertung der Mitarbeitendenbefragungen und Umsetzung von Maßnahmen zur Motivation der Beschäftigten. Erstmalige Besetzung der 2. Grundsatzstelle zur Bearbeitung von besonders schwierigen Vorgängen zur Entlastung der weiteren Standesbeamtinnen	Verbesserung der Personalausstattung über die Anmeldung von Personalstellen im Haushalt 2026/2027 unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen und mit Bezug auf das Prognosemodell; Personalbindung stärken (Qualifizierungsvereinbarungen), Verbesserung der Belastungssituation, Teamklima und der Arbeitsbedingungen unter Auswertung der Mitarbeitendenbefragungen und Umsetzung von Maßnahmen zur Motivation der Beschäftigten.	noch nicht wirksam; auch aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen und zusätzlicher Einstellungen wegen weiterhin fehlender, auskömmlicher Personalausstattung
520 BuD	79715 Personenstandsbücher	1.477.004	1.395.272	-81.731	-70.787	➔ 1,0543	1,0240	Die Fluktuation ist als hoch einzuschätzen. In 2024 gab es insgesamt 10 Personalzugänge und 6 Personalabgänge. Aufgrund befristeter Einstellungen zur Aufarbeitung der Rückstände bei der Eintragung von Hinweisen in die Personenstandsregister fielen höhere Personalkosten (ohne gegenüberstehende Mengen) an.	Der hohe Budgetverlust begründet sich u.a. durch die nicht unerhebliche Anzahl von Anträgen im Rahmen der Online-Bearbeitung von Urkunden bzw. beglaubigten Abschriften, für die das Standesamt Mitte letztendlich nicht zuständig ist (Standesamt I bei Geburtsort im Ausland; Landesarchiv). Für die entsprechenden Prüfungen dieser Anträge fällt ein Zeitaufwand an, dem abschließend keine Mengen gegenüberstehen.	Es gab Langzeit- und wiederholte kurzfristige Erkrankungen. Für mehrere Beschäftigte wurden BEM-Verfahren initiiert, die nach Bedarf weitergeführt werden.  In Umsetzung des 3. Personenstandsrechts-änderungsgesetz (PerSIRÄG), gültig ab 01.11.2022, fallen erhebliche Mehrarbeiten in den Standesämtern an. Gesetzlich vorgeschrieben wird dann die Erteilung elektronischer Personenstandsbescheinigungen, ein elektronisches Abrufverfahren von Registerdaten, der Verzicht von Nachweisen durch Bürger und Anzeigepflichtige. Daraus resultierend muss eine elektronische Nacherfassung papiergebundenen Altregistern stattfinden, für die der Einsatz von Standesbeamten aus dem Projekt ProPStand 2 ab 03/2025 in Mitte gewonnen werden konnte.	Verbesserung der Personalausstattung über die Anmeldung von Personalstellen im Haushalt 2026/2027 unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen und mit Bezug auf das Prognosemodell; Personalbindung stärken, Verbesserung der Belastungssituation, Teamklima und der Arbeitsbedingungen unter Auswertung der Mitarbeitendenbefragungen und Umsetzung von Maßnahmen zur Motivation der Beschäftigten.	Verringerung der Rückstände bei der Nacherfassung von Hinweisen in den Personenstandsbüchern (keine Zählgröße, aber Tätigkeit zum Produkt).
520 BuD	79977 Wahlorganisation	976.771	899.223	-77.547	18.196	➔ 2,2602	1,2206	Hohe direkte Personalkosten: Wahlorganisation beruht auf umfangreichen befristeten Außeneinstellungen; in Teilen erfolgte mit Zustimmung der SenFin eine durchgehende Beschäftigung befristeter Außeneinstellungen von der Wahlwiederholung in 02/2024 bis zur Europawahl in 06/2024; Zudem erhöhte Sachkosten durch zentrale Nutzung von Räumlichkeiten für die Briefwahlzählung (Estrel Hotel) Wahlprodukte unterliegen der Basiskorrektur.  Aus Erfahrung der Wahlorganisation in 2021 begann ein umfangreicher, tiefgehender Veränderungsprozess u.a. mit der Einrichtung ständiger Wahlämter in 2024.	Mengen zu diesem Produkt sind nicht beeinflussbar und richtet sich nach den wahrrechtlichen Grundlagen (u.a. Anzahl geprüfter Unterstützungsunterschriften, Anzahl Bewerberinnen /Bewerber im Rahmen des Zulassungsverfahrens u.a.)	Im Rahmen der eingerichteten AG Wahlen ist die gesamte Produktstruktur der Wahlämter zu überprüfen und neu zu überlegen.	Evaluation der Organisation des Wahlamtes nach erfolgreicher Einrichtung und Besetzung der Stellen des ständigen Wahlamtes.	noch nicht wirksam; mit Umsetzung der Ergebnisse der AG Wahlen wird eine Reduzierung des strukturellen Defizits vermutlich eintreten. Produkt unterliegt der Basiskorrektur.
520 BuD	80618 Nacherfassung Einträge	309.580	238.925	-70.655	-93.383	➔ 1,1232	1,0130	Kostentreiber sind vorrangig die hohe Personalfuktuation und Neueinstellungen; aufgrund gesetzlicher Änderungen wurde für 2024 insgesamt ein Personalbedarf im Umfang von 7 Stellen bzw. Beschäftigungspositionen bewilligt. In 2024 gab es insgesamt 10 Personalzugänge und 6 Personalabgänge.	Der hohe Budgetverlust begründet sich u.a. durch die nicht unerhebliche Anzahl von Anträgen im Rahmen der Online-Bearbeitung von Urkunden bzw. beglaubigten Abschriften, für die das Standesamt Mitte letztendlich nicht zuständig ist (Standesamt I bei Geburtsort im Ausland; Landesarchiv). Für die entsprechenden Prüfungen dieser Anträge fällt ein Zeitaufwand an, dem abschließend keine Mengen gegenüberstehen.	In Umsetzung des 3. Personenstandsrechts-änderungsgesetz (PerSIRÄG), gültig ab 01.11.2022, fallen erhebliche Mehrarbeiten in den Standesämtern an. Gesetzlich vorgeschrieben wird dann die Erteilung elektronischer Personenstandsbescheinigungen, ein elektronisches Abrufverfahren von Registerdaten, der Verzicht von Nachweisen durch Bürger und Anzeigepflichtige. Daraus resultierend muss eine elektronische Nacherfassung papiergebundenen Altregistern stattfinden, für die der Einsatz von Standesbeamten aus dem Projekt ProPStand 2 ab 03/2025 in Mitte gewonnen werden konnte.	Verbesserung der Personalausstattung über die Anmeldung von Personalstellen im Haushalt 2026/2027 unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen und mit Bezug auf das Prognosemodell; Personalbindung stärken, Verbesserung der Belastungssituation, Teamklima und der Arbeitsbedingungen unter Auswertung der Mitarbeitendenbefragungen und Umsetzung von Maßnahmen zur Motivation der Beschäftigten.	Verringerung der Rückstände bei der Nacherfassung von Hinweisen in den Personenstandsbüchern (keine Zählgröße, aber Tätigkeit zum Produkt).

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen- Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen- Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?	
600 GB 6 JugFamGes		3.460.068	3.130.788	-329.281	-92.340							
600 GB 6 JugFamGes	79711 VT-Vers.Psych.Krank. -KBS	1.129.268	933.400	-195.869	-179.934	→ 1,0250	→ 0,9685	Das Produkt wird im Rahmen des kennzahlgestützten Planmengenverfahrens mit vollem Wertausgleich budgetiert, um die gemeindepyschiatrische Grundversorgung sicherzustellen. Dieses Verfahren führte in der Vergangenheit aufgrund der schlechten Sozialstruktur im Bezirk stets zu höheren Zuweisungen, welche als Zuwendungen voll weiterzugeben waren. Zu den Besonderheiten des Bezirks Mitte gehören: Die Leistungserbringer im Bezirk Mitte unterhalten an vier Standorten Kontakt- und Beratungsstellen. Dies ist einerseits auf die Historie des Bezirks zurückzuführen, aber auch der herausfordernden Sozialstruktur geschuldet. Dies zieht höhere Unterhaltungskosten nach sich, die nicht proportional höhere Mengen generieren. Im Sinne der Fachkräftesicherung reizen die Leistungsanbieter tarifliche Eingruppierungen höchstmöglich aus, um langfristig einseitig Beziehungskontinuität sicherzustellen und andererseits Personal langfristig an die Einrichtung zu binden. Die zusätzlich zur Verfügung gestellten Tarifmittel werden von den Trägern dafür eingesetzt, um im Wettbewerb um gutes Personal weiterhin bestehen zu können. Die dabei entstehenden Kosten wirken sich zwingend auf das Transferbudget aus. Ein weiterer Aspekt ist das veränderte Inanspruchnahmeverhalten von Nutzenden der KBSen. Individuelle Einzelfallberatung gewinnt zunehmend an Gewicht und bindet damit deutlich mehr Personalkapazitäten als im Gruppensetting. Dadurch verteuert sich zwingend der Personaleinsatz. Die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Sachkosten (Energie, Miete, Inflation) wurden bei der Budgetierung nicht berücksichtigt und wirken sich unmittelbar auf das Transferbudget aus.	Der Bezirk hat sich die Mengenverteilung der letzten Jahre angeschaut und dazu Rücksprache mit den Trägern gehalten. Dabei wurde von den Trägern rückgemeldet, dass versehentlich Mengen nicht gezählt wurden. Im Rahmen des MK II erfolgte eine Mengenkorrektur auf 8985 Angebotsstunden.	Das Planmengenverfahren unterliegt einer kritischen Betrachtung durch die Senatsverwaltung für Finanzen. Änderungen der Kennzahlen sind nicht ausgeschlossen. Es wird erwartet, dass die Mengen durch das Verfahren nach oben korrigiert werden. Eine Verringerung der Zuwendungen würde mittelfristig zu Mengenminderungen führen. Ergebnis wäre eine Korrektur über das Planmengenverfahren (Wertausgleich), was wiederum eine (fiktive) Erhöhung der Mengen zur Folge haben könnte. Dies erscheint nicht sinnvoll, da dies zwar kostenrechnerisch positiv erscheint, aber zu Lasten der tatsächlichen Betreuung ginge. Weitere Maßnahmen sind systembedingt nicht möglich. Die Fachkoordination wird zusammen mit den Trägern die Zählweise überprüfen und darauf hinwirken, dass es zukünftig nicht mehr dazu kommt, dass Mengen nicht bzw. nicht korrekt gezählt werden.	wie in 2025	
600 GB 6 JugFamGes	80043 VT-Suchberatung	895.981	813.850	-82.131	26.290	→ 0,8957	→ 0,9923	Das Produkt wird im Rahmen des kennzahlgestützten Planmengenverfahrens mit vollem Wertausgleich budgetiert, um die Pflichtversorgung der Suchhilfe im Bezirk sicherzustellen. Dieses Verfahren führte in der Vergangenheit aufgrund der schlechten Sozialstruktur im Bezirk stets zu höheren Zuweisungen, welche als Zuwendungen voll weiterzugeben waren. Höhere Zuwendungen wurden für die Kompensation von Unterfinanzierungen verwendet bzw. zur Sicherung der von der Senatsverwaltung vorgegebenen fachlichen Standards.	Zum Teil sind Mengenreduzierungen auf Modernisierungs- und Umbauarbeiten in einem Projekt zurückzuführen. Hier kam es in 2024 zu zeitweiligen Angebotsbeschränkungen mit kürzeren Öffnungszeiten. Bei gleicher Mengenzahl wie im Vorjahr läge das Produkt leicht unterhalb des Medians.	Der Bezirk hat sich die Mengenverteilung der letzten Jahre angeschaut und wird dazu Rücksprache mit den Trägern halten. Die Fachkoordination wird zusammen mit den Trägern die Zählweise überprüfen um ggf. Fehler in der Zählweise auszuschließen.	wie in 2025	
600 GB 6 JugFamGes	80939 VT-Gesundheitsplanung	527.918	476.397	-51.520	37.470	→ 0,7900	→ 0,9681	Im Produkt 80939 wird seit 2020 auch das Projekt "Integriertes Handlungskonzept Leopoldplatz" der bezirklichen Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der KLR abgebildet (BA-Beschluss 1165/V vom 08.12.2020). Der ausgewiesene Verlust kann nach Prüfung seitens der OE QPK vollständig diesem Projekt zugeschrieben werden (ohne dieses Projekt hätte das Produkt einen Gewinn erzielt). Fachlich-inhaltliche Aussagen zum Projekt kann die OE QPK nicht treffen; das Projekt wird vollumfänglich von der bezirklichen Gewalt- und Kriminalitätsprävention betreut.				
610 Jug		51.062.423	50.665.182	-397.241	-104.734							
610 Jug	80964 VT-JugArbeit-Träger(AF1)	10.319.216	9.815.297	-503.919	-47.691	→ 0,9585	→ 1,0026	250.254 € des Defizites sind auf den seit Jahren bekannten Vorgang des gestellten Personals zurückzuführen. Für dieses werden sowohl Personalkosten als auch Transferkosten gebucht. Gleichzeitig werden aber im Titel 26101 die verauslagten Personalkosten entsprechend des Gestellungsvertrags vereinnahmt. Von '23 zu '24 sind die Mengen um 7.149 d.h. 4,33% gesunken, die Personalkosten um 7.685 gestiegen, ebenso die Transferausgaben um 15,26%.  Der Anstieg von Personalmitteln und Transfermitteln lässt sich aus der Umsetzung des Tarifabschlusses sowie mit der Inanspruchnahme der Tarifmittelvorsorge für die Förderung der freien Träger erklären. Auch eine geringe Steigerung der kalkulierten Honorarsätze für die Jugendarbeit ist hier zu nennen. Eine Person gestelltes Personal wurde 6 Monate zu lange gebucht, da keine Info über Rentenbeginn vermittelt wurde.	Seit Jahren wird nicht das Einzelprodukt 80964 budgetiert sondern es gibt ein Budgetierungsobjekt aus den beiden Produkten 80963 und 80964. Der isoliert berechnete Budgetverlust ist daher nicht gleichzusetzen mit einem tatsächlichem Budgetverlust. Im Übrigen erzielt das Produkt 80863 eine isolierten Budgetgewinn von über 200 T€. Das heißt, bei isolierter Betrachtung erbringen diese beiden Produkte bei erweiterten Teilkosten von 13 Mio. € einen Budgetverlust von 50 T€. Das Jugendamt strebt an, auch diesen Verlust gänzlich zu beseitigen. Die negative Mengenentwicklung entspricht nicht den Erwartungen, da am Umfang der finanzierten Angebote der Freien Träger keine Absenkung vorgenommen wurde. Eine Überprüfung ergab, dass Mengen einzelner Projekte nicht gebucht wurden, obwohl diese Mengen erbracht wurden. Die Gesamtmenge der nicht gebuchten Mengen entspricht ca. dem Mengenverlust.	Das Mengenmeldeverfahren im Jugendamt wird durch den Fachdienst mit den regional zuständigen SRK kritisch überprüft unter Beteiligung von ID 200 HH. Ein Termin hierfür ist bereits anberaumt. Das Controlling zum gestellten Personal wird einer Abfrage in 2025 verbessert.	Das korrigierte Mengenmeldeverfahren hat sich erfolgreich etabliert.	
610 Jug	78809 Unterhaltsvorschuss-Jug	2.629.442	2.240.457	-388.985	-148.778	→ 0,9712	→ 0,9997	Die Produktmenge ist von 2022 zu 2023 um 1,22 % gesunken und von 2023 zu 2024 um 2,97%; die direkten Personalkosten stiegen von 2022 zu 2023 um 1,26% und von 2023 zu 2024 um 11,99 %. Die Stückkosten des JA Mitte stiegen von 2022 zu 2023 um 2,63%, die berlinweiten Stückkosten um 2,16%. In 2023 zu 2024 hingegen, stiegen die Stückkosten in Mitte um 7,7% in Berlin jedoch nur um 3,2%.		Es wurde in den überbezirklichen Gremien erneut angesprochen, dass die seit fast 20 Jahren bekannte Problematik der UV-Stückkosten auf Sachverhalte in der Leistungserbringung zurückzuführen ist, die der Bezirk nicht steuern kann. So lange es nicht zwei Produkte gibt, die den deutlich unterschiedlichen Arbeitsaufwand widerspiegeln z. B. Produkt 1 - UV mit SGB II/XII-Bezug des Unterhaltsverpflichteten; Produkt 2 - UV ohne SGB II/XII-Bezug des Unterhaltsverpflichteten - wird es kein Änderung in der Problematik geben. Die Produktgeschäftstelle hat sich des Themas angenommen. Die Umsetzung wird zurzeit durch die diversen einbezühenden Gremien gehemmt, die noch nicht abschließend entscheiden haben, aktuell wartet die PMG Jug auf die Stellungnahme der FachAG. In einer Unterarbeitsgruppe der AG KBV (Kindschaftsrechtliche Vertretung und Beratung) wurden im Jahr 2024 zwei neue Produktblätter erarbeitet und von der AG KBV verabschiedet. Eigenlich war erwartet worden, dass die PMG dieses nun zügig aufgreift und der Einführung der zwei neuen Produkte (1 x Leistung und 1 x Kosteneinziehung) zustimmt.  Im Jahr 2024 wurden im Unterhaltseinziehungsbereich die seit längerem bestehenden vakanten Stellen teilweise nachbesetzt, um eine Steigerung der Rückholquote nicht zu gefährden. Als unumgängliche Maßnahme der rückläufigen Antragszahlen werden jedoch für 2025 die Neubesetzungen noch vakanter Stellen zurückgestellt, um sich im Laufe des Jahres einen Überblick über die weitere Entwicklung der Antrags-zahlen zu verschaffen.	Analog 2025	

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen-Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen-Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?	
610 Jug	80174 Jug-Beistandschaft	1.183.857	945.302	-238.556	-321.820	0,9574	0,9470	Das Sinken der Mengen setzt sich fort, von 2022 zu 2023 sank die Menge um 8,78% und von 2023 zu 2024 um weitere 4,45%. Die direkten Personalkosten sanken von 2022 zu 2023 um 2,57% und von 2023 zu 2024 um 8,41%. Die Stückkosten Mitte sind von 2022 zu 2024 um 2,15% gesunken und berlinweit um 2,5% angestiegen. Die Abweichung vom Median ist von 2023 zu 2024 um 4€ auf 13,67€ gesunken.	Die KLR Mengenzählung erfolgt auf Basis der geführten Beistandschaften. Nicht gezählt werden Beratungen. Die Beratung und Unterstützung gem. § 52a SGB VIII ist laut Produktblatt eine Leistung im Rahmen der Beistandschaft. Der § 52 a SGB VIII begründet einen eigenen Rechtsanspruch und die Leistungsberechtigten können entsprechend ihrem Wunsch- und Wahlrecht entscheiden, ob sie eine Beistandschaft zur Feststellung der Vaterschaft und Geltendmachung der Unterhaltsansprüche beantragen oder eine Beratung und Unterstützung in Anspruch nehmen wollen. Der Zeitaufwand, der für Beratungen aufgewendet wird, aber zu keiner Beistandschaft führt, ist gegenüber der Zahl der aktiven Beistandschaften gestiegen.  Darüber hinaus führt auch die Volljährigkeit, steigender (Miet)belastungen und damit verbundene vermehrte Wegzug aus der Berliner Innenstadt zu einer Fallzahlreduzierung.	In den letzten Jahren setzt sich der Trend fort, dass sich bei getrenntlebenden Elternteilen neben dem klassischen Residenzmodell (ein Elternteil betreut, ein Elternteil zahlt) weitere sehr unterschiedliche Betreuungsmodelle etablieren. Dies führt zu einem deutlichen Anstieg von Anfragen und Beratungswünschen im Beistandschaftsbereich. Der zeitliche Arbeitsaufwand, der für eine individuelle und umfassende Beratung von einem Beistand aufgewendet wird, steigt proportional und führt jedoch in vielen Fällen zu keiner mengen-zählbaren Beistandschaft. Die Problematik bzgl. der Stückkosten lässt sich durch den Bezirk daher eigenständig nicht steuern, so lange die Beratungsaufgabe nicht als ein evtl. separates Produkt etabliert wird, da der Arbeitsaufwand des Beistandes in der KLR-Mengenzählung nicht gewertet wird. Eine Änderung der Problematik wird sich somit kurz- bzw. mittelfristig nicht einstellen.  Um dem Antragsrückgang entgegenzuwirken, ist eine weitere enge Zusammenarbeit, z.B. mit den Jobcentern, der Unterhaltsvorschussstelle und dem Familienservicebüro vorgesehen. Hierdurch soll eine Sensibilisierung für die Beistandschaftsthematik erreicht werden. Alleinerziehende Elternteile können in den o.g. Bereichen umfangreich beraten und auf die Aufgaben eines Beistandes sowie der möglichen Vorteile einer Beistandschaft hingewiesen werden.  Des Weiteren wird beabsichtigt, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit durch die Fertigung von Flyern, die regelmäßigen Aktualisierungen der Broschüre der Frühen Hilfen, einer regelmäßigen Teilnahme des Beistandschaftsbereiches an Informations- und Fachveranstaltungen (z.B. über das Netzwerk für Alleinerziehende) den Bekanntheitsgrad des Beistandschaftsbereiches zu erhöhen. Durch die Aufklärung und das Aufzeigen des Tätigkeitsfeldes eines Beistandes könnten unterhaltsberechtigte Elternteile vermehrt zur Beantragung einer Beistandschaft bewegt werden.	Analog 2025	Die Reduzierung des Defizits von 2023 zu 2024 entstand aus der Nichtbesetzung von Stellen.
610 Jug	80629 VT-Jug-Sozarbeit-fr.Tr.	1.742.945	1.518.812	-224.133	-30.371	0,9838	1,4270	Die Mengen sind von 2022 zu 2023 um 7,59% gestiegen, von 2023 zu 2024 waren sie leicht rückläufig (-1,85%). Die Personalkosten sind von 2022 zu 2023 um über 50% gesunken und von 2023 zu 2024 um weitere 31,74%. Die Transferkosten stiegen von 2022 zu 2023 um 19,67% und von 2023 zu 2024 um weitere 21,67%. Von 20223 zu 2024 sind die STK in Mitte um 17,485 gestiegen, berlinweit nur um 7,21%.  Der Anstieg von Transfermitteln lässt sich aus der Umsetzung des Tarifabschlusses erklären, sowie mit der Inanspruchnahme der Tarifmittelvorsorge für die Förderung der freien Träger.	Die negative Mengenentwicklung entspricht nicht den Erwartungen, da am Umfang der finanzierten Angebote der Freien Träger keine Absenkung vorgenommen wurde.  Auf das Produkt wurden Mittel in einer Höhe von 482 T€ aus der Maßnahme 10 der Antiegalität gebucht. Die dafür wurden 5.036 Mengen gebucht. Die Stückkosten aus den Antiegalitätsmitteln liegen bei 95,71 € und damit erheblich über dem Median von 45,85 €. Das heißt, das der Budgetverlust nicht aus der regulären Leistung sondern aus den zusätzlichen Mitteln resultiert. Wenn die Antiegalitätsmittel künftig über das Produktbudget verstetigt werden soll(t)en, muss die Leistungserbringung zu Stückkosten erfolgen, die dem Median entsprechen.	Das Mengenmeldeverfahren im Jugendamt wird durch den Fachdienst mit den regional zuständigen SRK kritisch überprüft unter Beteiligung von ID 200 HH. Ein Termin hierfür ist bereits anberaunt.	Das korrigierte Mengenmeldeverfahren hat sich erfolgreich etabliert.	
610 Jug	81124 VT-AF6-Familienbüros	1.175.599	1.036.485	-139.114	0	0,8153	0,9954	Bei einer Steigerung der Personalkosten um 7,31%, sind die Mengen um 22,66% gesunken. Das Jugendamt Mitte erbrachte trotzdem die meisten Angebotstunden berlinweit. Das Absinken der Mengen sorgte für die Überschreitung des Medians um 8,94 €. Die Absenkung der Mengen begründet sich aus der Anwendung des Rechenschemas zur Plausibilisierung der Mengen.	Im Jahr 2024 war die Personalausstattung lt. Stellenplan vorrangig im Verwaltungsbereich nicht durchgängig gegeben, bedingt durch Krankheit und Kündigung, sowie Teilzeitbeschäftigung. Zum 30.6.2024 waren von 11 Stellen im Verwaltungsdienst tatsächlich nur 8 VZÄ verfügbar. 1 VZÄ konnte zum 1.9.2024 wieder besetzt werden. Um den Betrieb aufrecht zu erhalten, mussten temporär die Öffnungszeiten eingeschränkt werden. Demzufolge kam es zu Einschränkungen der Angebotstunden.	Die offenen Stellen werden nachbesetzt und die Angebotsstunden gemäß Zielvereinbarung Familienservicebüros sollen mit dem dort definierten Zielwert gesichert werden.	Maßnahmen aus 2025 werden in 2026 fortgesetzt	
610 Jug	80630 VT-Jug-Schulsozialarbeit	2.186.390	2.049.354	-137.037	3.767	1,0375	1,0200	Erhöhung der Transferausgaben von '23 zu '24 um 19,43%, sowie der direkten Personalkosten um 26,66%. Die STK Steigerung von '23 zu '24 von 14,94% liegt etwas über dem Median der um 12,10% gestiegen ist.  Mitte liegt einen Euro über dem Median von 56,28 €. Durch die geringeren Stückkosten von drei Bezirken, liegt der Zuweisungspreis jedoch 2,59 € unter dem Median. Die Stückkosten der Bezirke liegen um über 50% auseinander!  Der Anstieg von Transfermitteln lässt sich aus der Umsetzung des Tarifabschlusses erklären sowie mit der Inanspruchnahme der Tarifmittelvorsorge für die Förderung der freien Träger. Auch der Anstieg der Umlagen trägt zur Erhöhung der Stückkosten bei.	Wenn die Vermutung, dass die hohen Stückkostenunterschiede auch in der Zahlung der Tarifmittel begründet sind, stimmt, dann wird hier eine Reduzierung des Defizits nur möglich sein, wenn die tarifgerechte Bezahlung in den Bezirken vollständig und einheitlich durchgeführt wird.			
610 Jug	80139 V Kindertagespflege	748.549	630.831	-117.718	-98.862	0,9203	0,9179	Von 2022 zu 2023 sind die Mengen um 11,92% gesunken, die Personalkosten um 21,78% gestiegen. Von 2023 zu 2024 gab es ein weiteres Absinken der Mengen um 8,66% bei einem Anstieg der Personalkosten um 2,72%. Von 2022 zu 2024 haben die Stückkosten (Kosten je Vertragsabschluss) um knapp 40 % erhöht, berlinweit um 14,95%. In 2022 lagen wir mit 27,08 € über dem Median, in 2023 um 5,86€ unter dem Median. In 2024 hat es sich etwas verbessert, die Medianunterschreitung lang hier bei 4,58%.	Die Anzahl der Kindertagespflegepersonen ist seit dem Jahr 2022 rückläufig. Grund dafür ist die gesunkene Geburtenrate. Weil nicht genügend Kinder nachkommen und auch wegen Erreichen des Rentenalters, gaben 20 Kindertagespflegepersonen im Jahr 2024 ihre Tätigkeit auf. Im Jahr 2023 hatten 8 Kindertagespflegepersonen ihre Tätigkeit aufgegeben.	Es ist geplant, die Personalkosten zu reduzieren, indem eine Personalstelle im Team Kindertagespflege (Produkt 80139) abgebaut wird. Die Sozialarbeiterin wird dann zukünftig im Team Kita (Produkt 80376) eingesetzt, welches für die Feststellung des erhöhten Förderbedarfs zuständig ist. Die Zahl der Anträge auf erhöhten Förderbedarf ist in den letzten Jahren stark gestiegen.		

OE_KST	KTR_mit_Bezeichnung	erweiterte Teilkosten (12/2024)	Brutto-Budget inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2024)	Gewinn/Verlust inkl. MKF (12/2023)	Mengen- Tendenz (Mitte) zum Vorjahr	Mengen- Tendenz (Berlin) zum Vorjahr	Welche bezirklichen Ursachen bestehen für das (kosten-) strukturelle Defizit?		Welche Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits werden...		Welche Erfolge hatten die bislang durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung des (kosten-) strukturellen Defizits?
								...hinsichtlich auffälliger/kostentreibender Kostenarten/gruppen? (Kostenbenchmark)	...hinsichtlich abweichender Produktmengenentwicklungen (Mengenbenchmark)	...in 2025 umgesetzt?	...in 2026 umgesetzt?	
620 Ges		17.035.317	16.626.550	-408.767	-709.018							
620 Ges	60428 Zahnmed. Vorsorgeunters.	395.594	248.592	-147.002	-177.301	↗ 1,2638	↗ 1,1095	Der Personalbestand war im Jahresverlauf aus unterschiedlichen Gründen nicht konstant. Teilweise haben Ärzt*innen Aufgaben vom Zahnarzt*innen übernommen, was zu höheren Kosten geführt hat.	Zusätzlich führen Transportschwierigkeiten für die benötigten Materialien dazu, dass nicht die avisierten Mengen erzielt werden können. Die Lage bessert sich langsam, sogar intensiver als in den anderen Bezirken Tendenz ist positiv!	Stabilisierung der Personalsituation.	Besseres Leitsystem für das Gelände, Digitalisierung, Bessere Zusammenarbeit mit den Schulen.	Umbau der Dienststelle fertig. Kleinigkeiten noch ausstehend. In 2024 war die Dienststelle endlich fertig, und somit arbeitsfähig.
620 Ges	75428 Ges-Psych/Sucht Krise	673.938	551.394	-122.544	17.588	↘ 0,8406	↘ 0,9969		Aufgrund fehlender personeller Kapazitäten (Fachärzte) konnten die geplanten Mengen nicht erzielt werden.	Akquise von neuen Fachärzt*innen		
620 Ges	80684 Ges-Psych/Sucht Betr/Hilf	1.712.777	1.623.380	-89.397	-104.574	↘ 1,0167	↘ 1,0444		Aufgrund nicht durchgängig vorhandener personeller Kapazitäten (Fachärzte) konnte die geplante Mengenerhöhung nicht erzielt werden.	Akquise von neuen Fachärzt*innen		
620 Ges	78363 Hilfen f. behind. Kinder	441.838	361.875	-79.963	-8.870	↘ 0,9346	↘ 1,0386	Im Förderzentrum fanden Umbaumaßnahmen statt.	BKE: Aufgrund von Umbaumaßnahmen am Förderzentrum standen den dort tätigen Therapeutinnen nicht ausreichend Räume zur Verfügung. Dadurch konnten Therapien/ Hilfen nicht in vollumfänglich umgesetzt werden. KJGD: Die Produkte wurden aufgrund von Neueinstellungen im Team nochmal beleuchtet und Grundlagen der Mengenerfassung nochmal besprochen. Zudem wurden zwei MA erst eingearbeitet.	KJGD und BKE : Das Problem wurde geklärt, neue Kolleginnen sind eingearbeitet, die Zahlen sind wieder im üblichen Bereich		
620 Ges	80685 Beratung/Hilfe f. Behind.	857.503	796.260	-61.243	-139.334	↘ 1,0551	↘ 1,0716			Bessere Auffindbarkeit der Dienststelle, neuer Flyer, besser Webseiten-Präsenz.	Besseres Leitsystem für das Gelände, Digitalisierung, Termin-Tool.	Verbesserungen sind eingetreten durch die bessere telefonische Erreichbarkeit.